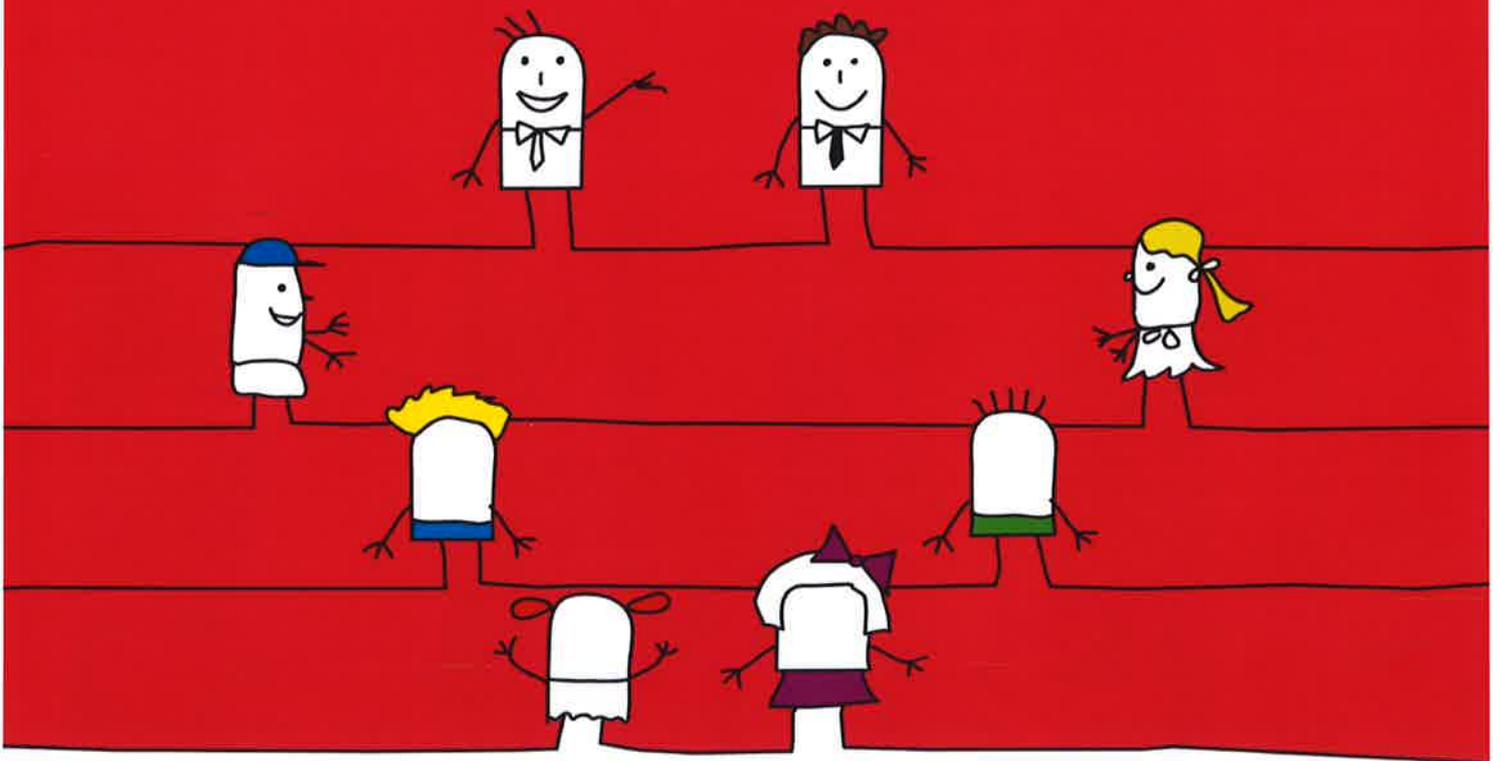


Konzept

Jugend im Rathaus



die lobby für kinder

Deutscher Kinderschutzbund
Ortsverband Wiesbaden e.V.

LANDESHAUPTSTADT



Gliederung

1. Einleitung
2. Träger des Projektes: Der Deutsche Kinderschutzbund, OV Wiesbaden
3. Rechtliche Grundlage und die „Freudenberger Erklärung“
 - 4.1 Die UN-Konvention über die Rechte der Kinder
 - 4.2 Die „Freudenberger Erklärung“
 - 4.3 Die Hessische Gemeindeordnung
4. Ziele des Projektes
5. Zielgruppen und -personen
6. Finanzierung des Projektes
7. Projektbeschreibung
8. Aufgaben der Projektleitung und der Kooperationspartner/innen
 - 8.1 Die Projektleitung
 - 8.2 Die Fraktionen
 - 8.3 Die Lehrer/innen
 - 8.4 Die Schüler/innen
9. Der Besuch im Rathaus der Stadt Wiesbaden
 - 9.1 Der Einstieg
 - 9.2 Die Rallye
 - 9.3 Pause
 - 9.4 Vorbereitung auf die Interviews
 - 9.5 Die Interviews der Fraktionen
 - 9.6 Auswertung der Interviews
 - 9.7 Die Diskussion
10. Die Nachbereitung des Projektes
11. Anmeldung für das Projekt
12. Ausblick des Projektes
13. Literaturhinweise
14. Impressum
15. Anhang

1. Einleitung

„Jugend im Rathaus“ ist ein Projekt des Kinder- und Jugendbüros des Deutschen Kinderschutzbundes in Wiesbaden.

Anlass für die Entwicklung des Projektes war die aus der Hessischen Kommunalwahl von 2001 resultierende Erfahrung, dass bei Jugendlichen das Interesse an Politik so gering war wie selten zuvor. Gründe hierfür sind vermutlich u.a. einerseits die nicht vorhandene Erfahrung der Jugendlichen, dass eine Verbindung zwischen ihrem Leben und Politik, insbesondere auch Kommunalpolitik besteht und es andererseits der Politik (oder den Politiker/innen) noch nicht ausreichend gelingt, Jugendliche anzusprechen und zu interessieren. Kommunalpolitiker/innen wollen und sollen für einen fruchtbaren Dialog mit Jugendlichen sorgen.

Das vorliegende Konzept ist die Weiterentwicklung der ersten Fassung aus dem Jahr 2002 (und berücksichtigt die Auswertungen der Erfahrungen aller Beteiligten aus 10 Jahren). Es richtet sich an die Kommunalpolitiker/innen der Stadt Wiesbaden, die Verwaltung und die interessierten Lehrer/innen und Schüler/innen.

Das Projekt „Jugend im Rathaus“ begann mit der Pilotphase im November 2001 an drei Schulen. Seitdem haben insgesamt 265 Schulklassen mit insgesamt ca. 6550 Schülerinnen und Schülern am Projekt teilgenommen.

In den Jahren 2002 bis 2010 wurde jährlich eine Dokumentation des Projektes erstellt, in denen Politiker/innen, Schüler/innen und Lehrer/innen zu Wort kamen.

Die Auswertung der Dokumentationen lässt sich wie folgt zusammenfassen:

- Die Schüler/innen wollen als Ansprechpartner/innen ernst genommen werden. Deshalb sollte weiterhin am Dialog „auf Augenhöhe“ gearbeitet werden.
- Um sich besser auf die Interessen, Wünsche und Ideen der Jugendlichen einstellen zu können, braucht es mehr Vorbereitung und Verbindlichkeit der Fraktionsvertreter/innen und der Lehrer/innen. (Kap. 9.2 und 9.3)
- Die Schüler/innen sollen mehr Verantwortung für die Ziele und die Durchführung des Projektes bekommen. Dazu sollten sie mehr Einfluss auf die Inhalte nehmen können. Deshalb sollte die Partizipation der Schüler/innen am Projekt einen höheren Stellenwert erhalten. (Kap. 9.4)

Das Kinder- und Jugendbüro will die erwachsenen Kooperationspartner/innen (Fraktionen und Lehrer/innen) intensiver unterstützen, indem es die Erkenntnisse und Aspekte in dieser Konzeption aufgreift und umsetzt.



2. Träger des Projektes: Der Deutsche Kinderschutzbund

Der Kinderschutzbund versteht sich als Interessenvertretung für Kinder, Jugendliche und deren Eltern und stärkt durch die Vielfalt seiner Angebote und seines sozialpolitischen Engagements deren Lobby.

Die Grundlagen des Wirkungsfeldes des Kinderschutzbundes spiegeln sich in der Satzung des Verbandes wider. Unter anderem beinhaltet die Zielsetzung - neben dem Einsatz für die Verwirklichung der im Grundgesetz verankerten Rechte für Kinder und Jugendliche - den Auftrag, sich für die Verwirklichung der UN - Konvention über die Rechte des Kindes mit dem Schwerpunkt der angemessenen Beteiligung von Kindern und Jugendlichen bei allen Entscheidungen, Planungen und Maßnahmen, die sie betreffen, einzusetzen.

Zur Umsetzung der UN - Konvention sollte das Meinungsbild von Kindern und Jugendlichen auch bei politischen Entscheidungen gehört werden. Der Dialog „Jugend im Rathaus“ bietet hierfür eine wesentliche Plattform und versteht sich als Türöffner zum Mitspracherecht von Kindern und Jugendlichen der Stadt Wiesbaden.

Ausgehend von dem verbandsinternen Satzungsauftrag und dem aktiven Agieren des Verbandes zum Thema „UN - Konvention über die Rechte des Kindes“ entstand der logische Schluss, den Kinderschutzbund als Träger des Projektes „Jugend im Rathaus“ einzusetzen.

Die weiteren Zwecke/Ziele und Inhalte des Verbandes können unter www.kinderschutzbund-wi.de eingesehen werden.

3. Rechtliche Grundlagen und die „Freudenberger Erklärung“

Die rechtlichen Grundlagen für das Projekt finden sich in der UN-Konvention, dem VIII. Sozialgesetzbuch und der Hessischen Gemeindeordnung. Einen Meilenstein zur Umsetzung der UN-Kinderrechtskonvention in Wiesbaden setzte die Stadt Wiesbaden mit der sog. „Freudenberger Erklärung“.

3.1 Die UN-Konvention über die Rechte der Kinder

Am 20. November 1989 wurde von der Vollversammlung der Vereinten Nationen das „Übereinkommen über die Rechte des Kindes“, die UN-Kinderrechtskonvention (KRK), einstimmig angenommen.

In Art. 12 der UN-Konvention über die Rechte des Kindes sichern die Vertragsstaaten dem Kind, das fähig ist, sich eine eigene Meinung zu bilden, das Recht zu, seine Meinung in allen es berührenden Angelegenheiten frei zu äußern und die angemessene Berücksichtigung dieser Meinung zu erfahren.

In Art. 42 der UN-Konvention über die Rechte der Kinder haben sich die Vertragsstaaten verpflichtet, dieses Übereinkommen bekannt zu machen.

3.2 „Freudenberger Erklärung“

Mit der Erklärung der Stadt Wiesbaden zum „Übereinkommen über die Rechte der Kinder“ der sog. „Freudenberger Erklärung“, hat die Stadt Wiesbaden in Kooperation mit dem Deutschen Kinderschutzbund begonnen, diese Verpflichtung in Wiesbaden umzusetzen. Dort heißt es: „Wir verpflichten uns, mit allen Bürgerinnen und Bürgern Wiesbadens dafür einzutreten, dass die UN-Kinderrechtskonvention für die Recht der Kinder bekannt gemacht, akzeptiert und eingehalten wird.“ (Freudenberger Erklärung, Anlage 1)

3.3 Die Hessische Gemeindeordnung

Die §§ 4c und 8c der Hess. Gemeindeordnung regeln die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen. Sie sind bei Planungen und Vorhaben, die die Interessen von Kindern und Jugendlichen berühren, in angemessener Weise zu beteiligen. Die Gemeinden sollen hierzu geeignete Verfahren entwickeln und durchführen. Zudem können Kindern und Jugendlichen in ihrer Funktion als Vertreter von Kinder- und Jugendinitiativen in den Organen der Gemeinde und ihren Ausschüssen sowie den Ortsbeiräten Anhörungs-, Vorschlags- und Redemöglichkeiten eingeräumt werden.

4. Ziele des Projektes

Die Erfahrungen des Projektes aus den letzten 10 Jahren zeigen, dass das Ziel, das Interesse von Jugendlichen an (Kommunal-)Politik und das Interesse von Kommunalpolitiker/innen an Jugendlichen zu wecken, nach wie vor von großer Bedeutung ist und weiter verfolgt werden sollte.

Jugendliche sollen Kommunalpolitik als eine Beteiligungsform kennen lernen, die sie motiviert Verantwortung für das Gemeinwohl zu übernehmen. Kommunalpolitiker/innen sollen die Möglichkeit nutzen lernen, die Wünsche und Bedürfnisse der Jugendlichen unmittelbar kennen zu lernen und auf diese einzugehen. Denn auf diese Weise wird das Interesse an Politik geweckt und –verdrossenheit vorgebeugt. Alle am Projekt Beteiligten sollen dabei unterstützt werden, „eine gemeinsame Sprache“ zu finden und zum Austausch „auf Augenhöhe“ zu motivieren.

5. Zielgruppen und –personen

Die eine Zielgruppe sind die Schülerinnen und Schüler und deren Klassen- oder Fachlehrer/innen der Stufen 8 bis 10 aller Wiesbadener Schulen, die das Thema „Kommunalpolitik“ ausführlich behandeln wollen und zu einer engen Kooperation mit der Projektleitung bereit sind.

Die andere Zielgruppe sind die Stadtverordneten und die Mitarbeiter/innen der Fraktionen, die sich für die o.g. Ziele engagieren wollen und bereit sind, mit der Mitarbeiterin des Projektes zu kooperieren.

6. Finanzierung des Projektes

Das Projekt ist für die teilnehmenden Schulklassen kostenlos.

Der Start des Projektes (Pilotphase) im Jahr 2001 wurde durch das Amt für Soziale Arbeit finanziert. In den folgenden Jahren bis 2004 akquirierte der Verband Sponsoren, die durch ihre Spenden zur Absicherung des Projektes beitrugen; eine ergänzende Hilfe der öffentlichen Hand deckte teilweise die fehlenden Kosten.

Seit 2005 übernimmt das Amt der Stadtverordnetenversammlung die Kosten, zur Zeit in Höhe von 14.000€ jährlich. Den Rest, bei dem es sich um eine überschaubare Unterdeckung handelt, trägt der Verband weiterhin.

7. Projektbeschreibung

Die Projektleiterin wirbt für „Jugend im Rathaus“ an allen Wiesbadener Schulen für die Jahrgangsstufen 8 bis 10. Interessierte Fach- bzw. Klassenlehrer/innen stellen ihrer Klasse das Projekt vor. Wenn Schüler/innen und Lehrer/innen an der Teilnahme interessiert sind, meldet die/der Lehrer/in ihr Interesse und das der Klasse an die Projektleiterin. Das kann telefonisch, per Fax oder per E-Mail geschehen. Die Projektleiterin schickt dann einen sog. Partnervertrag, der von der/dem Lehrer/in und von den Klassensprecher/innen unterschrieben wird (Anlage 2). Durch die Unterschrift der Klassensprecher/innen werden die Schüler/innen mit in die Verantwortung genommen; es kann ein erhöhter Grad der Verbindlichkeit erreicht werden.

Die Projektleiterin stellt der Klasse ca. 2 Monate vor Beginn des Projektes ein „Methodenpaket“ zur Verfügung, das Lehrer/in und Schüler/innen dabei unterstützt, sich mit dem Thema „Wiesbadener Kommunalpolitik“ auf interessante Weise umfassend zu beschäftigen.

Kurz vor dem Besuch im Rathaus, dem Höhepunkt des Projektes, besucht die Projektleiterin die Klasse im Unterricht, um sie in einer Doppelstunde auf den Besuch im Rathaus, die Interviews mit den Vertreter/innen der Fraktionen und die anschließende Diskussion mit den Stadtverordneten vorzubereiten.

Nach dem Besuch im Rathaus werden die Ergebnisse in der folgenden Unterrichtsstunde im Klassenverband weiter aufgearbeitet und reflektiert. Die Nachhaltigkeit wird in Form von Fragebögen, die die Projektleiterin nach ca. einem ½ Jahr an die Klasse schickt, geprüft.

8. Aufgaben der Projektleitung und der Kooperationspartner/innen

8.1 Die Projektleitung

Die Projektleiterin lädt die am Projekt teilnehmenden Fraktionsvertreter/innen (aus dem Pool, vgl. Kap. 9.2.) zu 1 bis 2 Treffen im Jahr ein, um sich über aktuelle Themen der Kommunalpolitik zu informieren und mit ihnen über die Interessen und Bedürfnisse der Jugendlichen zu diskutieren.



Sie wirbt für die Durchführung des Projektes in den Wiesbadener Schulen.

Sie trifft die Absprachen mit den Fraktionen und den Fach-/Klassenlehrer/innen. Sie arbeitet kontinuierlich an aktuellen Materialien zum Thema „Kommunalpolitik“ und sammelt diese in einem sog. Methodenpaket, das sie der Klasse während des Projektes zur Verfügung stellt.

Sie besucht die Klasse kurz vor dem Besuch im Rathaus an einem Vormittag für eine Doppelstunde, um sie darauf vorzubereiten. Gemeinsam mit der/dem Lehrer/in unterstützt sie die Schülerinnen und Schüler dabei, ihre Interessen und Fragen an die Fraktionen zu formulieren.

Sie begleitet die Klasse mit der/dem zuständigen Lehrer/in am Projekttag im Rathaus und moderiert die Abschlussdiskussion mit den Politiker/innen und den Schüler/innen. Im Anschluss an die Veranstaltung erhalten Schüler/innen und die Lehrer/innen jeweils einen Fragebogen, der die Nachhaltigkeit des Projektes prüfen soll, mit der Bitte, diesen möglichst umgehend an das Kinder- und Jugendbüro zu faxen. Sie wertet die Ergebnisse aus und stellt sie den Lehrer/innen, den Schüler/innen sowie den Fraktionen zur Verfügung.

8.2 Die Fraktionen

Die Fraktionen stellen einen „Pool“ von Stadtverordneten zusammen, die bereit und zeitlich in der Lage sind, längerfristig und verbindlich mit der Leiterin des Projektes zu kooperieren und an ca. 1 bis 2 Treffen im Jahr zur Vor- und Nachbereitung des Projektes zur Verfügung zu stehen. Ca. 2 Wochen vor den Treffen erhalten sie einen Fragebogen (Anlage 3) mit der Bitte, die Fragen zu den Erfahrungen mit dem Projekt zu beantworten. Die Antworten sind die Grundlage für die Gespräche mit der Projektleiterin und dienen der Reflexion über die Effizienz und Nachhaltigkeit des Projektes.

Sie stellen ihr Fraktionsprogramm für Schüler/innen verständlich schriftlich dar. Hierzu wird ihnen ein Raster zur Verfügung gestellt (Anlage 4).

Sie bereiten sich auf die Interviews mit den Schüler/innen vor, indem sie sich Zeit nehmen, den Schüler/innen zuhören, versuchen, ihr Anliegen zu verstehen und angemessen auf ihre Fragen einzugehen. Sie verzichten dabei auf Partei-Propaganda. Sie erklären sich bereit, von 12.00 bis 13.10 Uhr mit jeweils einem Stadtverordneten an der Diskussion mit den Schülern teilzunehmen und sich kurz vorzustellen.

8.3 Die Lehrer/innen

Interessierte Lehrer/innen melden ihr Interesse telefonisch, per Fax oder per E-Mail an die Projektleiterin. Sie/er informiert ihre Klasse über das Projekt mit Hilfe des Konzeptes und versucht ihr Interesse zu gewinnen. Falls das Interesse der Schülerinnen und Schüler geweckt ist, meldet sie/er die Klasse für das Projekt an und die Klassensprecher/in als Vertreter der Schulklasse unterschreibt den Partnervertrag, den sie/er an die Projektleiterin weiterleitet. Spätestens 2 Monate vor dem Besuch im Rathaus arbeitet sie/er mit den Schüler/innen am Thema „Wiesbadener Kommunalpolitik“ mit

Hilfe des von der Projektleiterin zur Verfügung gestellten Vorbereitungs-materialien. Sie/er wechselt die Zuständigkeit für das Projekt nur in dringenden Ausnahmefällen (z.B. Krankheit).

Vor dem Besuch im Rathaus unterstützt sie/er die Schüler/innen dabei, sich in Kleingruppen für die Rallye und das Interview aufzuteilen.

Sie/er begleitet die Klasse ins Rathaus und unterstützt die Schüler/innen durch ihre/seine Präsenz und Moderation.

Im Anschluss an den Besuch im Rathaus wertet sie/er während des Unterrichts die Ergebnisse des Projektes aus und schickt zeitnah den überreichten Auswertungsbogen (Anlage 5) zurück.

8.4 Die Schüler/innen

Die Klassensprecher/in als Vertreter der Schulklasse unterschreibt den Partnervertrag, wenn die Mehrheit der Klasse sich für die Teilnahme am Projekt entscheidet. Sie erarbeiten sich mit Unterstützung der Lehrerin/des Lehrers und des Methodenpakets (wg. des Umfangs haben wird darauf verzichtet, das Methodenpaket im Anhang beizufügen, es wird lediglich der Inhalt dargestellt, Anlage 6) die Themen der Wiesbadener Kommunalpolitik. Sie informieren sich über die Politiker/innen „ihrer Wahl“ und bereiten auf dieser Grundlage ihre Interviews vor. Der Einstieg in die Interviews wird durch die Erarbeitung von 10 Fragen an die Fraktionsvertreter/innen erleichtert. Sie entscheiden, mit welchen Fraktionen sie Interviews führen möchten. Für die Diskussion mit den Stadtverordneten im Plenarsaal erarbeiten sie einen Steckbrief, um ihre Klasse vorzustellen. Sie nehmen an einer Rallye durch das Rathaus teil und führen anschließend das Interview mit den Fraktionen, auf das sie sich vorbereitet haben. Sie dokumentieren ihre Ergebnisse und arbeiten diese für die Reflexion im Unterricht auf. Nach Abschluss der Veranstaltung erhalten die Schüler/innen einen Auswertungsfragebogen (Anlage 7), um die Nachhaltigkeit des Projektes zu überprüfen. Dieser wird zeitnah an die Projektleiterin zurückgesandt.

9. Der Besuch im Rathaus der Stadt Wiesbaden

9.1 Der Einstieg (9.00 bis 9.30 Uhr)

Die Projektleiterin holt die Schulklasse/n um 9.00 Uhr am Brunnen vor dem Rathaus ab und begleitet sie in den Stadtverordnetensitzungssaal. Dort findet eine kurze Erklärung der im Stadtverordnetensitzungssaal angeordneten Möbel statt (Wer sitzt wo und warum?), eine kurze Einführung in den Vormittag (Wiederholung des Ablaufs) und die Rallye (Regeln) statt.

9.2 Die Rallye (9.30 bis 10.15 Uhr)

Im Rathaus findet eine Rallye statt. Die Schüler nehmen in mehreren Kleingruppen daran teil. Die Gruppeneinteilung ist im vorbereitenden Unterricht bereits durch die Lehrer erfolgt. Die Rallye soll ihnen auf spannende Weise einen ersten Kontakt mit



dem Ort, an welchem Kommunalpolitik in Wiesbaden stattfindet und auch dem Gebäude und der darin angesiedelten Verwaltung ermöglichen.

Die Schüler erkunden selbst das ihnen unbekannte Rathaus und lernen den Stadtverordnetensitzungssaal, den Festsaal, die Lobby, das Wappenzimmer und das Magistratssitzungszimmer kennen. Sie beantworten Fragen zur Kommunalpolitik allgemein und auf Wiesbaden bezogen und finden heraus, welche Ämter ihren Sitz im Rathaus haben.

Anhang: Rallyefragebogen (Anhang 8), Lösungsbogen (Anhang 9)

9.3 Pause (10.15 – 10.30 Uhr)

9.4 Vorbereitung auf die Interviews (10.30 bis 10.45 Uhr)

Die/der Lehrer/in und die Projektleiterin bereitet die Schüler/innen auf die Interviews vor. (Wo finden sie statt? Wie lange haben wir Zeit? Was ist, wenn wir länger brauchen? Wo treffen wir uns im Anschluss?...)

9.5 Die Interviews in den Fraktionsgeschäftsstellen (10.45 bis 11.30 Uhr)

Die Schüler/innen führen in Kleingruppen Interviews in den Geschäftsstellen der Rathausfraktionen. Im Rahmen der Interviews mit den Fraktionsgeschäftsstellen haben die Schüler/innen die Möglichkeit, Mitarbeiter/innen der Geschäftsstellen und auch schon Stadtverordnete kennen zu lernen und sich dort u.a. über die Partei und Fraktion und über deren allgemeine Ziele und Schwerpunkte der politischen Arbeit in Wiesbaden zu informieren.

9.6 Auswertung der Interviews (11.30 bis 12.00 Uhr)

Die Kleingruppen werten die im Interview erhaltenen Informationen aus und fassen die Ergebnisse in Form von Präsentationen (Flipchartbogen, der von der Projektleiterin zur Verfügung gestellt wird) zusammen. Sie werden in der nächsten Unterrichtsstunde in der Klasse vorgestellt und sollen über die wichtigsten Ziele und Schwerpunkte der interviewten Fraktion informieren.

9.7 Die Diskussion (12.00 bis 13.10)

Die Diskussion bildet den Abschluss des Besuches im Rathaus. Sie findet zwischen Stadtverordneten der Rathausfraktionen, nach Möglichkeit eines/er Teilnehmer/in jeder Fraktion, und maximal zwei Schulklassen statt. Sie beginnt damit, dass sich die Fraktionsvertreter/innen und die Schulklassen(n) vorstellen. Dann werden die im Unterricht gesammelten Fragen der Schüler/innen gestellt und die Antworten diskutiert.



10. Die Nachbereitung des Projektes

Die Nachbereitung des Projektes findet im Schulunterricht durch die Lehrer/innen statt und beginnt mit der Präsentation der Ergebnisse aus den Interviews (s. Kap. 10.5).

Die Gesamtauswertung des Projektes einschließlich des Rathausbesuches u.a. erfolgt in Form von Auswertungsfragebögen für Lehrer/innen und Schüler/innen, welche von der Projektleitung zur Verfügung gestellt werden und an sie zurückgesandt werden.

11. Anmeldung für das Projekt

Das Projekt findet während der Schulzeit ca. 2 mal monatlich mit maximal 2 Klassen gleichzeitig statt. Die Anmeldung erfolgt über das Kinder- und Jugendbüro des Deutschen Kinderschutzbundes, OV Wiesbaden.

12. Ausblick des Projektes

Das Projekt lebt vom Engagement aller am Projekt beteiligten Erwachsenen. Wir wünschen uns weiterhin einen regen Austausch mit interessierten Lehrer/innen und Fraktionsvertreter/innen, um unser gemeinsames Ziel, das Interesse von Jugendlichen an der (Kommunal-) Politik zu wecken, zu erreichen.



13. Literaturhinweise

Uwe Kamp Deutsches Kinderhilfswerk e.V. (Hrsg.); *Beteiligungsrechte von Kindern und Jugendlichen in Deutschland, Ein Vergleich der gesetzlichen Bestimmungen in den Bundesländern*)

Weitere Materialien zur Beteiligung von Kindern und Jugendlichen:

http://dkhw.de/dkhw_shop/catalog/index.php?cPath=21

Netzwerk Kinder- und Jugendbeteiligung

http://dkhw.de/dkhw_shop/catalog/product_info.php?products_id=148

UN-Kinderrechtskonvention: Internet: <http://www.bmfsfj.de/BMFSFJ/kinder-und-jugend,did=19892.html>

Satzung des Deutschen Kinderschutzbundes

14. Impressum

Herausgeber:

Deutscher Kinderschutzbund Ortsverband Wiesbaden e.V.

Kinder- und Jugendbüro

Susanne Mattern

Gabriele Dietrich

Birgit Apel

Kaiser-Friedrich-Ring 5

65185 Wiesbaden

Stand: April 2012

15. Anhang

1 „Freudenberger Erklärung“

2 Partnervertrag

3 Fragebogen für Auswertungstreffen Politiker neu

4 Raster Fraktionsprogramm neu

5 Auswertungsfragebogen Lehrer

6 Inhaltsverzeichnis Vorbereitungs-materialien

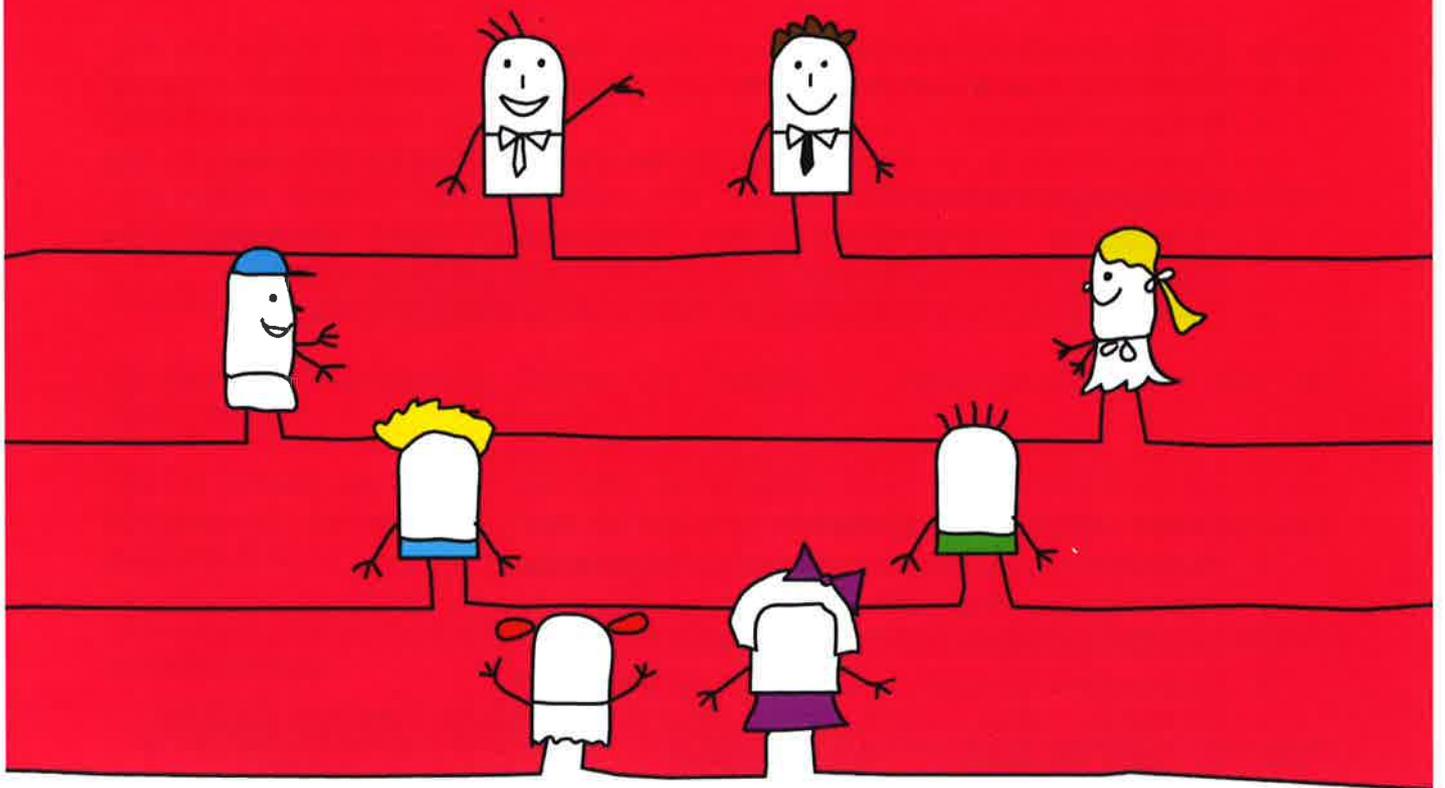
7 Auswertungsfragebogen Schüler

8 Rallyefragebogen

9 Lösungsbogen zum Rallyefragebogen

Jugend im Rathaus

Auswertung 2014



die lobby für kinder

Deutscher Kinderschutzbund
Ortsverband Wiesbaden e.V.

LANDESHAUPTSTADT



Jugend im Rathaus – je früher desto besser

Ziel des Projektes ist es, Jugendliche für Politik zu interessieren. Jugendliche nehmen sich selbst zunächst nicht als politisch wahr. Erst mit ungefähr 14 Jahren entwickelt sich ein politisches Bewusstsein. Sie können dann verstehen lernen, dass sie selbst Teil politischer Entscheidungen sind. Dies geschieht im Projekt „Jugend im Rathaus“ mit der Diskussion der von Jugendlichen eingebrachten Themen. Hierbei handelt es sich häufig um Themen, die Jugendliche in ihrem Alltag betreffen, auch wenn dies nicht die aktuell von den Politikern diskutierten kommunal-politischen Themen sind.

Auch in 2014 fand das vom Amt der Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Wiesbaden finanzierte Projekt regen Zuspruch.

In Ergänzung des vorbereitenden Unterrichts durch die Lehrer bereitet das Kinder- und Jugendbüro vor dem Projekttag mit den Schülern u.a. konkrete Fragen für die Diskussion mit den Stadtverordneten vor.

Ablauf eines Rathausbesuches

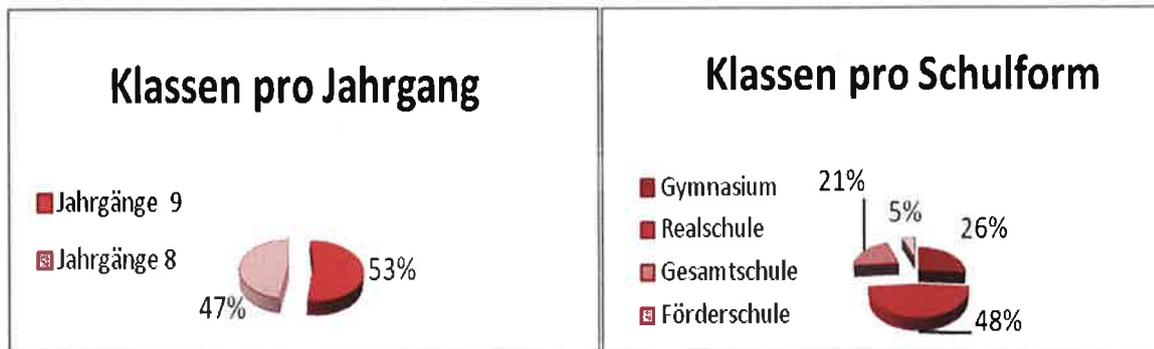
- Treffen am Löwenbrunnen
- Einführung in das Stadtparlament
- Rallye im Rathaus
- Freie Erkundung, in Kleingruppen führen die Jugendlichen Interviews in den Fraktionsgeschäftsstellen
- Jugendliche präsentieren die Ergebnisse der Interviews im Stadtverordnetensitzungssaal vor Mitschülern und Stadtverordneten
- Diskussion mit Stadtverordneten im Stadtverordnetensitzungssaal.

Die am häufigsten diskutierten Themen in 2014 waren:

- ÖPNV – Buslinien, Stadtbahn
- Renovierung und Ausstattung von Schulgebäuden
- Fahrradwege, öffentliche Mieträder
- Sportplätze, Jugendtreffs, Schlachthof
- Erneuerbare Energien – Windräder, Solaranlagen
- Städtebau – altes Gericht, Citypassage, R+V-Gebäude, Parkhaus Coulinstr.
- Umgang der Stadt mit Obdachlosigkeit
- Sauberkeit in der Stadt, Leerung der Mülleimer
- Fluglärm – Flugplatz Erbenheim

Jugend im Rathaus – Zahlen und Fakten 2014

Das Projekt fand an 15 Tagen statt und insgesamt haben 19 Schulklassen mit ca. 450 Schülerinnen und Schülern teilgenommen.



Meinungen von Schülerinnen und Schülern zum Projekt

„Ich werde mich wegen der Sportanlagen an den Ortsbeirat Biebrich wenden.“

„Ich würde den Tag im Rathaus anderen Klassen weiterempfehlen, aber auch eine Vorbereitung, damit man schon mal vorbereitet ist und eine Vorahnung hat.“

„Ich könnte mir auch vorstellen in der Politik mitzuwirken, denn ich finde es wichtig, dass sinnvolle und gute Entscheidungen getroffen werden.“

„Da wir selbst mit den Politikern reden und diskutieren durften und alles selbst machen durften, konnte ich mir vieles viel besser merken, als wenn wir es einfach im Unterricht besprochen hätten.“

„Ich würde anderen Schülern raten, alle Fragen im Interview zu stellen und keine „Angst“ davor zu haben, denn es ist eine sehr gute Chance.“

„Durch die Wiederholung der Dinge wurde die Diskussion etwas langweilig.“

„In der Diskussionsrunde haben die Politiker zu lange geredet und sich oft wiederholt.“

„Es ist schwer als Politiker auf alles einzugehen, bzw. zu verwirklichen. Man kann höchstens auf das eingehen, was die Mehrheit der Menschen will, aber nicht auf jede einzelne Person.“

„Für jeden, der sich nur ein bisschen für Politik interessiert, ist dieser Tag im Rathaus empfehlenswert.“

„Die kleineren Parteien müssen, um ihre Anliegen durchzusetzen entweder sehr gute Argumente liefern oder ein Bürgerbegehren organisieren.“

Meinungen von Lehrkräften zum Projekt

„Ich werde versuchen einige Schüler und Schülerinnen für das Jugendparlament zu motivieren.“

„Die Antworten der Politiker sollten max. 2 Minuten dauern“.

Das Kinder- und Jugendbüro

- ist Anlaufstelle zur Interessenvertretung von Kindern und Jugendlichen
- ist Kontaktstelle für Lehrer und Lehrerinnen, Schüler und Schülerinnen, Politiker und Politikerinnen der Stadt Wiesbaden und andere Interessierte, die dazu beitragen wollen, dass Wiesbaden kinder- und jugendfreundlicher wird
- setzt sich für Beteiligung, Mitbestimmung und Mitwirkung (Partizipation) von Kindern und Jugendlichen an politischen Prozessen ein
- veranstaltet in Kooperation mit dem Amt für Soziale Arbeit der Stadt Wiesbaden den Weltkindertag
- engagiert sich als Teilnehmer der AG Partizipation.

Der Deutsche Kinderschutzbund, OV Wiesbaden e.V.

hat neben dem Kinder- und Jugendbüro folgende Arbeitsbereiche:

- Forum für Erziehungsfragen, u. a. mit dem Projekt „Opstapje“
- Elterntelefon
- Elternkurse „Starke Eltern–Starke Kinder“
- zwei Kinderhäuser
- thematische Elternabende
- Projekt „Kinderbrücke“ im Treffpunkt Tagesmütter, Qualifizierung, Vermittlung und Betreuung von Tagesmüttern
- KiEZ Kastel/Kostheim
- über das Jahr verteilte Projekte, die von Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen des Kinderschutzbundes durchgeführt werden.

Der Dt. Kinderschutzbund, OV Wiesbaden dankt den Schülerinnen und Schülern, Lehrerinnen und Lehrern, Politikerinnen und Politikern für die rege Teilnahme am Projekt, sowie dem Amt der Stadtverordnetenversammlung für die Finanzierung.

Impressum:

Herausgeber: Dt. Kinderschutzbund, OV Wiesbaden e.V., Kaiser-Friedrich-Ring 5, 65185 Wiesbaden

Tel: 0611 51122; Fax: 0611 5319125

Email: kiju@kinderschutzbund-wi.de, Internet: www.kinderschutzbund-wi.de

Verantwortlich: Gabriele Dietrich, Titel, Gestaltung und Layout: Gabriele Dietrich, c/o Dt. Kinderschutzbund, OV Wiesbaden e.V.